

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	12.07.11

Niederschrift

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/0312/11) am 19.05.2011

Anwesend sind die Stadtverordneten:

Vorsitz

Frau Dorothea Glauner ,

von der CDU-Fraktion

Herr Dirk Jaschinsky , Frau Ute Mindt , Herr Michael Schulte (für Herrn Jan Phillip Kühme), Herr Michael Wessel (für Frau BM Silvia Kaut),

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen (für Frau Sanda Grätz), Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Herr Guido Grüning ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller (für Herrn Klaus-Dieter Lüdemann), Herr Hans-Peter Vorsteher ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jörn Suika ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Elisabeth August ,

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Günter Schiller ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr OB Peter Jung , Herr StD Dr. Johannes Slawig , die Beigeordneten Herr Harald Bayer , Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Matthias Nocke ,

Herr Norbert Dölle (403.1), Herr Norbert Mönnick (GMW.FB1), Herr Peter Kobelt , Frau Martina Schmidt , Herr Burckhard Block , Herr Wolfgang Möllers , Prüferinnen und Prüfer (002),

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:46 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen über die "Überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Wuppertal vom 20.09. bis 01.10.2010"**

Vorlage: VO/0246/11

Herr Stv. Dr. Schiller fragt zur Bewertung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal (GWG), wie sich der Ertragswert errechne.

Herr Dölle antwortet, der Wert der GWG sei aus dem Verkaufswert von Anteilen abgeleitet worden. Über die Zulässigkeit dieses Verfahrens liege ein Gutachten vor. Es sei der Verkehrswert bilanziert worden.

Herr Stv. Dr. Schiller bemerkt, das Cross-Border-Geschäft sei unter Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt worden. Die Erträge sollten im Eingangsjahr verbucht werden. Die Stadt Wuppertal lehne dies mit der Begründung ab, der Verkauf habe im Jahr 2009 stattgefunden und der Sonderposten sei aufgelöst worden. Die Jahresbilanz sei jedoch zum Termin in 2008 aufgestellt worden. Er frage sich daher, ob es nicht voll hätte eingestellt werden müssen.

Herr Dölle antwortet, als allgemeine Regel sei die Jährlichkeit zu beachten. Der Barwertvorteil des Cross-Border-Leasing-Geschäftes müsse dem jeweiligen Jahr zugeordnet werden, in dem der Ertrag eingehe. Der zu bildende Rechnungsabgrenzungsposten sei jedes Jahr entsprechend anteilig aufzulösen. Der Rechnungsabgrenzungsposten wäre dann jedes Jahr weiter abgeschmolzen, was hier nicht eingetreten sei, da das Geschäft in 2009 beendet worden sei. Der restliche Rechnungsabgrenzungsposten sei damit auf einmal aufzulösen gewesen. Mit dem Aufstellungszeitpunkt der Bilanz habe dies nichts zu tun.

Herr Stv. Dr. Schiller zitiert die Landesregierung. Sie sage, die Vorschriften für die Bewertung hätten sich im Jahr 2000 geändert. Seitdem müsse voll aktiviert werden.

Herr Dölle antwortet, hierzu gebe es verschiedene Auffassungen auf Seiten der Stadt Wuppertal und der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Die Kämmerei sei sich mit dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) einig, dass die allgemeinen Regeln zur Anwendung kämen, die GPA vertrete eine mehr steuerrechtlich ausgerichtete Auffassung.

Herr Stv. Dr. Schiller fragt, wie der Dissenz gelöst werden solle.

Herr Dölle sieht den Dissenz als gelöst an, spätestens mit dem Wegfall des Rechnungsabgrenzungspostens zum 31.12.2009.

Herr Stv. Vorsteher bemerkt, die GPA habe die Bewertung des Straßennetzes durch die Stadt Wuppertal mit einer Stichprobe im Umfang von 3 % als unzureichend für die Ermittlung eines vollständigen Bildes der Vermögens- und Schuldsituation der Stadt Wuppertal angesehen. Er fragt, ob die Herangehensweise an das Thema im Vorfeld mit anderen Städten abgestimmt worden sei. Zur Frage der Dokumentation sei von der GPA ein zentraler Zugang zu den Eröffnungsbilanzwerten angesprochen worden. Er fragt, ob man der GPA diesbezüglich entgegenkommen könne oder dies von der Struktur nicht praktikabel sei.

Herr Dölle verdeutlicht, bezüglich des Straßennetzes sei kritisiert worden, dass zu wenige Stichproben gezogen worden seien. Die Stadt Wuppertal werde daher

weitere Stichproben ziehen, um die Anregung der GPA aufzugreifen. Langfristig wolle man sich noch verbessern, zum Beispiel mit einem Straßenkataster. Hierzu sei man mit dem RPA im engen Gespräch. Es gebe aber zurzeit keine Hinweise für die Kämmerei, dass der ermittelte Wert nicht der Realität entspreche.

Auch bezüglich der Frage der Dokumentation werde zurzeit mit dem RPA besprochen, wie viel und was zentral bzw. dezentral dokumentiert werden müsse.

Herr Stv. Suika fragt, wie mit Prüfbemerkungen umgegangen werde, denen nicht zugestimmt werde. Er fragt, ob es eine Stelle gebe, die hierüber entscheide oder ob der Rat mit der abweichenden Meinung der GPA leben müsse. Inhaltlich habe er allerdings keine Bedenken bezüglich dieser Streitfragen.

Herr Dölle erläutert, der Bericht der GPA liege auch der Bezirksregierung vor. Die Bezirksregierung entscheide, an welcher Stelle sie eine zusätzliche Stellungnahme der Stadt Wuppertal einfordere. Bisher liege jedoch noch keine Aufforderung der Bezirksregierung vor; ob es überhaupt Punkte gebe, zu denen eine Stellungnahme der Stadt Wuppertal eingefordert werde, könne er noch nicht sagen.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.05.2011:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/0246/11 gemäß Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**2 Sachstand der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 durch das Rechnungsprüfungsamt
- mündlicher Bericht -**

Herr Möllers berichtet, die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 stelle zurzeit ein wichtiges Thema für das RPA dar. Im Unterschied zur Prüfung der Eröffnungsbilanz, bei der die Erfassung und insbesondere die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Schulden im Vordergrund gestanden habe, stehe bei der Prüfung des Jahresabschlusses das gesamte Rechnungswesen im Fokus. Hier seien zusätzlich auch die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung, die Teilrechnungen und das korrespondierende Planungswesen zu prüfen, sowie die Verzahnung der einzelnen Elemente untereinander.

Die Eröffnungsbilanz (EÖB) zum 01.01.2008 sei in der Sitzung des Rates der Stadt am 20.12.10 festgestellt worden. Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.08 sei bereits ein halbes Jahr vorher in den Rat eingebracht worden. Dieser Entwurf sei nicht Grundlage der Prüftätigkeit des RPA sondern ein fortgeschriebener Entwurf, in den die Korrekturen in der EÖB, die im zweiten Halbjahr 2010 noch vorgenommen wurden, eingearbeitet seien.

Auf der einen Seite gebe es noch offene Punkte aus der Prüfung der EÖB, auf der anderen Seite befinde man sich inzwischen im Jahr 2011, beschäftige sich mit dem Jahr 2008 und die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 seien auch zu erwarten. Hierin liege ein vor allem zeitliches Problem, an dessen Lösung man arbeite. Vor wenigen Wochen sei dazu ein Projekt mit dem Thema „Qualitätssicherung bei der Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse“ eingesetzt worden, an dem insbesondere das Finanzressort und das RPA unter externer Beratung beteiligt seien. Im Rahmen dieses Projektes sei ein Ansatz entwickelt worden, bei dem in einer zwischen Verwaltung und RPA abzustimmenden Sonderaktion erreicht werden solle, dass bis Ende nächsten

Jahres geprüfte Jahresabschlüsse für die Jahre 2008, 2009 und 2010 vorlägen. Er halte dies für ein sehr ehrgeiziges Ziel. Zusätzlich werde durch diese Sonderaktion erreicht, dass die folgenden Jahresabschlüsse zeitlich geordnet geprüft werden könnten. Angelehnt an ein Modell des Instituts der Wirtschaftsprüfer gehe dieser Ansatz dahin, dass in einem abgestuften Verfahren für die Jahresabschlüsse 2008 bis 2010 eine mehrjährige aufeinander aufbauende Prüfplanung entwickelt werde. Der Schwerpunkt der Prüfungshandlungen liege nach diesem Modell für den Jahresabschluss 2008 bei einer Prüfung des internen Kontrollsystems mit weitergehenden Plausibilitätsprüfungen. Kernpunkte des Modells seien die starke Risikoorientierung und die Beachtung von Wesentlichkeitsgesichtspunkten. Die Beachtung gesetzlicher Anforderungen stehe dabei nicht zur Disposition. Die Ausführungen stellten eine erste Information dar; ein entsprechendes Konzept solle dem Interfraktionellen Arbeitskreis des Rechnungsprüfungsausschusses im Juni vorgestellt werden. In die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im Juli solle dann eine Drucksache eingebracht werden.

3 Prüfung der Fördermaßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II - mündlicher Bericht -

Frau Schmidt berichtet, der Sachstand der Abwicklung des Konjunkturpaketes II interessiere vor allem im Zusammenhang mit der Frage, ob die Fördermittel für die Stadt Wuppertal vollständig realisiert werden könnten. Durch die folgenden Fakten könne hierzu eine Aussage getroffen werden.

Seit der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im Dezember 2010 sei zwischenzeitlich die Frist zur Meldung der Fördermaßnahmen beim Land (31.12.10) verstrichen. Es stehe also jetzt fest, welche Maßnahmen weiter von der Stadt und den freien Trägern verfolgt würden. Von den 33 Maßnahmen des GMW, die vom Rat beschlossen worden seien, seien 22 Maßnahmen dem Land gemeldet worden und würden weiter verfolgt. Für das Ressort 104 seien 6 Maßnahmen im Rat beschlossen worden, die auch weiter verfolgt würden. Von den 30 im Rat oder der Lenkungsgruppe beratenen Maßnahmen der freien Träger seien 16 Maßnahmen dem Land gemeldet worden.

Das RPA habe anfangs sehr viele Maßnahmen geprüft, da noch nicht festgestanden habe, welche Maßnahmen weiter verfolgt würden. Deshalb gebe es eine hohe Zahl geprüfter Vergaben, die auch ein Indiz für die Höhe der Abrechnungssumme und ein Controlling für den Realisierungsgrad darstellten. Insgesamt habe das RPA Vergaben im Wert von 61 Mio. € geprüft; die Gesamt-Fördersumme liege bei 42,5 Mio. €.

Die Vergabepfung sei ein wesentlicher Bestandteil der Testierung. Daher habe man auch entschieden, die städtischen Maßnahmen im Vorfeld begleitend zu prüfen. Leider hätten sich nicht alle Leistungseinheiten an dieses Vorgehen gehalten.

Beim GMW seien Vergaben im Umfang von 42,5 Mio. € positiv testiert worden im Vergleich zu 35 Mio. € Fördersumme. Hier gebe es also ein Polster in Höhe von 7 Mio. €.

Beim Ressort 104 seien 3,85 Mio. € positiv testiert worden, im Vergleich zu einer Fördersumme in Höhe von 4,7 Mio. €. Hier sei noch nicht alles vergeben worden. Zusätzlich seien die Ausschreibungsergebnisse teilweise günstiger gewesen als angenommen.

Bei den freien Trägern seien 1,52 Mio. € testiert worden bei einer angemeldeten Fördersumme in Höhe von 2,758 Mio. €. Bei den freien Trägern sei diese Zahl allerdings nicht so aussagekräftig wie bei den städtischen Maßnahmen, da bei

den freien Trägern nur begleitend geprüft werde, wenn diese das Angebot der Beratung angenommen hätten. Nur dann seien diese auch erfasst. Ansonsten ende die Abgabefrist der freien Träger mit dem 31.10.2011, so dass bisher noch keine Prognose möglich sei. Darüber hinaus handele es sich bei der positiv testierten Summe noch nicht um den Förderbetrag wie bei den städtischen Maßnahmen. Zu subtrahieren sei noch der Eigenanteil und es gebe eine Kappungsgrenze. Den testierten 1,52 Mio. € stünden schätzungsweise etwas mehr als 1 Mio. € als Förderwert gegenüber; eine Prognose sei aber schwierig. 56 % der Mittel für das GMW seien bisher abgerufen worden, 48 % der Mittel von 104 und 4 % der Mittel der freien Träger. Derzeit lägen aber weitere Mittelabrufe zur Prüfung vor, so dass sich diese Zahl erhöhen werde.

Bisher seien 2 Maßnahmen des GMW beendet, die die Grundschule Hainstraße und die Grundschule Küllenhahner Straße betreffen. Beendet heiße hierbei, dass die Maßnahmen mit allen Unterlagen und positiv durch das RPA testiert beim Land eingereicht worden seien. Bei 104 sei bisher noch keine Maßnahme beendet; bei den freien Trägern sei die Maßnahme bei der Troxler-Schule beendet.

Die Prüfung der Projektinhalte und der Vergaben sei eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der Projekte gewesen. Für die zügige Abwicklung der Maßnahmen des Konjunkturpakets II könne das RPA zurzeit nichts tun. Die Voraussetzungen seien geschaffen worden. Jetzt liege es bei den Leistungseinheiten und den freien Trägern, die Maßnahmen fertigzustellen und dem RPA die Unterlagen zeitnah und vollständig vorzulegen.

Es seien noch nicht sehr viele Schlussrechnungen beim RPA eingegangen. Bei den freien Trägern sei dies wegen des Abgabetermins 31.10.11 nicht anders zu erwarten und werde voraussichtlich zu Kapazitätsengpässen beim RPA führen. Daher habe man die Leistungseinheiten der Verwaltung gebeten, möglichst frühzeitig im Vorfeld dieses Termins ihre Projekte abzurechnen. Bei folgenden Projekten würden zurzeit Engpässe bezüglich der Fertigstellung gesehen: Schulzentrum West; Berufskolleg Werther Brücke, Zweigstelle Gewerbeschulstraße; Florian Geyer Gesamtschule; Barmer Bahnhof; Lärmschutzmaßnahmen bei 104 (Flüsterasphalt). Bezüglich der Lärmschutzmaßnahmen bei 104 sei beabsichtigt, diese Projekte aus abrechnungstechnischen Gründen möglichst lange offen zu halten.

Bezüglich der zitierten 7,5 Mio. € Polster beim GMW habe das RPA den Wunsch abzuklären, ob dieses ausreiche. Hierzu fehlten allerdings Angaben. Das Polster werde eventuell aufgebraucht, wenn in Vergabesummen Anteile anderer Förderprogramme enthalten seien (zum Beispiel des 1000-Schulen-Programms). Eine andere Möglichkeit seien sehr große Projekte, die nicht in Gänze realisiert werden könnten. Diese Beträge müssten herausgerechnet werden. Ebenso beträfe dies Differenzen zwischen Abrechnungssumme und Auftragssumme. Derzeit lägen die Informationen zu diesen herauszurechnenden Anteilen von GMW und R 104 nicht für alle Projekte vor, weshalb nur eine Schätzung möglich sei.

Das RPA habe alle Voraussetzungen für die Realisierung des vollständigen Förderbetrages geschaffen, die in seinen Möglichkeiten gestanden hätten. So habe es die Idee der C-Liste realisiert, Nachrückprojekte mit variabler Höhe für das Ressort 104 entworfen, mit der Lenkungsgruppe eine Absprache darüber getroffen, den Förderbetrag für freie Träger innerhalb eines gewissen Rahmens trotz Reduzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht zu mindern und die Idee einer indirekten Verlängerung der Fristen für die Beendigungsanzeige entwickelt. Diese vom RPA eingebrachten Ideen trügen sicherlich dazu bei, möglichst viel zu realisieren.

Bei den freien Trägern hätten nicht alle die angebotene Möglichkeit genutzt, sich beraten zu lassen. Es sei aber deutlich geworden, dass diejenigen, die diese Möglichkeit genutzt hätten, deutlich besser abschnitten. Teilweise sei wohl die Komplexität der Vorgaben unterschätzt worden.

Sie hoffe, dass bis zum 31.10.11 noch viele Unterlagen der freien Träger

eingingen, damit sich die Bilanz hier bessere, und das Polster für das GMW ausreiche.

Herr OB Jung bedankt sich für die geleistete Arbeit. Es handele sich um eine enorme Chance aber auch Herausforderung, die auf die Stadt Wuppertal mit dem Konjunkturpaket II zugekommen sei. Es sei ein verzahntes Verfahren entwickelt worden, das auch schon zu einem guten Ergebnis geführt habe. Er halte es bei der finanziellen Situation der Stadt Wuppertal für sehr wichtig, dass dokumentiert werden könne, dass jeder Cent aus dem Konjunkturpaket genutzt worden sei. Die Zusammenarbeit sei daher wichtig und er sei hoffnungsfroh, dass man es schaffen werde, das Konjunkturpaket auszuschöpfen. Er bedanke sich daher für die konstruktive Zusammenarbeit und das Wirken am Konjunkturprogramm.

Die **Vorsitzende** schließt sich im Namen des Ausschusses dem Dank an.

Herr Stv. Suika bemerkt, es sei beeindruckend, welche Summen in der kurzen Zeit im GMW und R 104 bearbeitet und auch beim RPA geprüft worden seien. Sorgen machten ihm die freien Träger. Gerade bei den kleinen Trägern müsste sich die Politik für zukünftige Förderprogramme überlegen, wie ihnen geholfen werden könne.

Herr OB Jung betont, es sei von Seiten der Verwaltung jede mögliche Hilfe angeboten worden. Sie müsse allerdings auch in Anspruch genommen werden. Frau Schmidt habe ja ausgeführt, dass es bei Trägern, die die Hilfe in Anspruch genommen hätten, keine Probleme gegeben habe. Leider seien Fehler, die bei Ausschreibungen gemacht würden, nach Ausführung der Gewerke nicht mehr zu heilen. Was das RPA mache sei insofern in aller Sinne, weil im Nachhinein bei einer Prüfung des Bundesrechnungshofes die Stadt Wuppertal hafte.

Frau Schmidt ergänzt, die bereits abgerechnete Troxler-Schule gehöre zu den Trägern, die eine umfangreiche Beratung in Anspruch genommen hätten. Sie habe die volle Fördersumme erreicht.

4 2 Einzelberichte des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: VO/0275/11

Keine Wortmeldungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/0275/11 ohne Beschluss entgegen.

5 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen